



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

VORLAGE
18/1170

A09

24. April 2023

Seite 1 von 7

Telefon 0211 871-

Telefax 0211 871-

für die Mitglieder
des Innenausschusses

Sitzung des Innenausschusses am 27.04 2023
Antrag der Fraktion der SPD vom 05.04.2023
„Aktueller Sachstand bei den Aktivitäten demokratiefeindlicher
Gruppen aus der Delegitimierer-Szene“

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Innenausschusses des Landtags über-
sende ich den schriftlichen Bericht zum TOP „Aktueller Sachstand bei den
Aktivitäten demokratiefeindlicher Gruppen aus der Delegitimierer-Szene“.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Reul MdL

Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:
Fürstenwall 129
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,
836, U71, U72, U73, U83
Haltestelle: Kirchplatz



Schriftlicher Bericht
des Ministers des Innern
für die Sitzung des Innenausschusses am 27.04.2023
zu dem Tagesordnungspunkt
„Aktueller Sachstand bei den Aktivitäten demokratiefeindlicher
Gruppen aus der Delegitimierer-Szene“
Antrag der Fraktionen der SPD vom 05.04.2023

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz hat die „Corona-Protestler-Szene“ bereits früh intensiv in den Blick genommen und darauf hingewiesen, dass bei einer Reduzierung der Corona-Schutzmaßnahmen jederzeit ein anderes Vehikel für Proteste gegen „den Staat“ genutzt werden kann. Mit der schrittweisen Aufhebung der Maßnahmen der Landes- und der Bundesregierung zur Bekämpfung der Pandemie beginnend ab dem Jahr 2022 ist dann für viele Anhänger der Protestszene die Grundlage für ihren Protest weggebrochen. Jedoch haben sich aus der „Corona-Protestler-Szene“ heraus „Demokratiefeinde“ entwickelt, denen es gerade nicht um legitime Meinungsäußerungen, sondern um die Delegitimierung des Staates geht.

Unter dem Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ liegt der Fokus des Verfassungsschutzes, seinem gesetzlichen Auftrag folgend, auf den Personen und Gruppierungen, die das Ziel haben, legitime Proteste für ihre systemfeindliche Agenda zu missbrauchen. Es handelt sich dabei vor allem um den radikalisierten Teil der Protestszene gegen die Corona-Schutzmaßnahmen, der das Feindbild „die Eliten im Staat“ entwickelt hat. Dieses Feindbild, dem Politiker, aber auch Wissenschaftler und Journalisten zugerechnet werden, wird mit Verschwörungsmysmen gestützt und denen „da oben“ werden pauschal schlechte Absichten unterstellt. Mit den fortwährenden Angriffen gegen den Staat und seine demokratischen Prozesse und Strukturen geht es



den Delegitimierern nicht darum, einen demokratischen Wechsel der Regierung herbeizuführen, indem man Einfluss auf die Diskurse nimmt und durch Wahlen versucht, eine Regierung mit einer anderen politischen Agenda durchzusetzen. Vielmehr ist die Delegitimierung Ausdruck der Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Anstelle der Pandemie werden seit Sommer 2022 neue Themen wie steigende Energiepreise, Waffenlieferungen an die Ukraine und Sanktionen gegen Russland aufgegriffen. Dabei werden insbesondere antiamerikanische Narrative verbreitet. Zum Teil macht sich die Szene zum Sprachrohr der russischen Regierung. So ist es weitgehend Konsens, die Wirtschaftssanktionen gegen Russland und Waffenlieferungen an die Ukraine abzulehnen sowie einen Austritt aus der NATO und Verhandlungen mit Russland zu fordern.

Zu den Hochzeiten der Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen nahmen daran teilweise Tausende Bürgerinnen und Bürger teil. Der Teil dieser Protestszene mit demokratiefeindlicher Agenda ist auf ungefähr 50 bis 70 Personen zu beziffern - mit einem Umfeld von derzeit ca. 300 Personen. Wenngleich sich fortwährend Gruppierungen umbenennen, auflösen oder zusammenschließen, bleibt der Großteil des harten Kerns aktiv. Insgesamt sinkt allerdings die Anschlussfähigkeit der Szene, zugleich nimmt die Radikalisierung zu. Dies zeigt sich sowohl im Rahmen von Versammlungen als auch in Textbeiträgen in einschlägigen Telegram-Kanälen. Ebenso nimmt die offenkundige Duldung und sogar Beteiligung von Rechtsextremisten und Reichsbürgern zu, obschon sich die Szene von Ort zu Ort unterscheidet. So nahmen beispielsweise Vertreter der Reichsbürgergruppierung „Verfassungsgebende Versammlung“ (VV) mehrfach mit ihrem Banner an Protestversammlungen, u. a. in Oberhausen und Essen, teil. Bei einer Versammlung am 29.06.2022 in Oberhausen durfte ein Vertreter der VV eine Rede halten, in der er Verschwörungsmythen aus der Reichsbürgerszene mit Antisemitismus vermischte.



Am 08.01.2023 fand in Düsseldorf eine Demonstration unter dem Titel „Wir ziehen dem System den Stecker“ statt, organisiert von der Gruppierung „NRW Erwacht“ bzw. „Freie Düsseldorfer“. Wie schon bei vergangenen Veranstaltungen dieser Demonstrationsreihe befanden sich bekannte Rechtsextremisten und Personen mit Bezügen in die Reichsbürgerszene unter den Teilnehmenden. Einige von ihnen waren mitunter in organisatorische Prozesse (als Ordner, Redner etc.) eingebunden.

Bei einer Versammlung am 09.02.2023 in Dortmund überließ der Moderator, der dem Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ zugerechnet wird, dem NPD-Landesvorsitzenden das Mikrofon.

Am 13.03.2023 fand ein weiterer Aufzug der Gruppierung „Freie Düsseldorfer“ mit anschließender Standkundgebung vor der Parteizentrale der Partei Bündnis 90/Die Grünen in Düsseldorf statt. Der Anmelder hatte bereits seit Beginn der Corona-Pandemie Autokorsos sowie Aufzüge durch Düsseldorf organisiert und die Gruppierung „Freie Düsseldorfer“ gegründet.

Da sich Teile verschiedener extremistischer Szenen im Widerstand sehen und Gewalttaten als notwendig und gerechtfertigt erachten, verlieren die ideologischen Differenzen zunehmend an Bedeutung. Der harte Kern der Delegitimierer-Szene weist Bezüge zu Rechtsextremisten oder zur Reichsbürgerszene auf, die sich längst nicht mehr auf die bloße Teilnahme an Versammlungen beschränken.

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz beobachtet die Entwicklung weiterhin sehr genau, um Gefährdungslagen frühzeitig zu erkennen. Über seine Erkenntnisse tauscht er sich mit den anderen Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder sowie der Polizei fortlaufend aus. Der aktuelle Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2022 gibt in seinem Kapitel „Demokratiefeindliche und/oder sicherheitsgefährdende Delegitimierung des Staates“ weitere Informationen zur Thematik (Vorlage 18/1090).



Die zunehmende Radikalisierung und die Gewaltaffinität innerhalb der Szene kommen mitunter auch in der Begehung von Straftaten zum Ausdruck.

Da für den Phänomenbereich der verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates zur Erfassung im Kriminalpolizeilichen Meldedienst kein analoger polizeilicher Begriff existiert, der eine dezidierte Auswertung der politisch motivierten Kriminalität innerhalb der Delegitimierer-Szene erlaubt, wurden im Folgenden die für die größtmögliche Erfassung des in Rede stehenden Personenpotenzials relevanten Themenfelder der Politisch motivierten Kriminalität -links, -rechts und -sonstige Zuordnung identifiziert und ausgewertet. Namentlich handelt es sich um die Themenfelder:

- „COVID-19-Pandemie“ (bis Ende 2022),
- „Querdenken“ (ab dem 01.01.2023),
- „Ukraine“,
- „Versorgung“ sowie
- „Reichsbürger/Selbstverwalter“.

Aufgrund dessen, dass jedoch keine Bedeutungsgleichheit zwischen den vorgenannten Themenfeldern des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) und der Begrifflichkeit „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ besteht und eine präzise händische Auswertung hinsichtlich der konkreten Fragestellung in der zur Erstellung dieses Berichts zur Verfügung stehenden Zeit nicht zu leisten war, sind die nachfolgenden Aussagen zu den strafrechtlich relevanten Vorfällen innerhalb der Szene der Delegitimierer nicht vollständig belastbar.

Eine automatisierte Auswertung des KPMD-PMK unter den Themenfeldern „COVID-19-Pandemie“, „Ukraine“, „Versorgung“ und „Reichsbürger/Selbstverwalter“ ergibt für die Monate November und Dezember 2022



insgesamt 129 Straftaten. Für die Zeit seit dem 01.01.2023 ergeben sich unter dem neu eingeführten Themenfeld „Querdenken“ sowie „Ukraine“, „Versorgung“ und „Reichsbürger/Selbstverwalter“ insgesamt 137 Straftaten. In beiden Zeiträumen sind der überwiegende Anteil der erfassten Straftaten Verstöße gegen das Versammlungsgesetz aufgrund fehlender Anmeldung (insgesamt 94 von insgesamt 266 Straftaten). Darüber hinaus wurden häufig auch Taten gemäß § 303 StGB (Sachbeschädigung) und gemäß § 140 StGB (Belohnung und Billigung einer Straftat) erfasst.

Die festgestellte sinkende Anschlussfähigkeit der Szene spiegelt sich auch in der Anzahl der im Kontext der Fragestellung festzustellenden Versammlungen und der Teilnehmerzahlen wider, die sich im gesamten Betrachtungszeitraum auf einem niedrigen Niveau befindet. Eine Ausnahme stellt der Monat Februar dieses Jahres dar. Der Jahrestag des Einmarsches russischer Truppen in die Ukraine hat zu einem kurzfristigen Anstieg von Versammlungen und Teilnehmerzahlen im Kontext „Ukraine“ geführt, die mehrheitlich pro-ukrainisch ausgerichtet waren. Insgesamt konnte festgestellt werden, dass es fortwährend Versuche extremistischer Gruppierungen gegeben hat und auch gibt, eigene Entgrenzungsstrategien im Rahmen dieses Versammlungsgeschehens zu verfolgen und somit einen Anschluss an das bürgerliche Spektrum zu erzielen. Bislang liegen dem Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen keine Erkenntnisse darüber vor, dass es den vorgenannten Gruppierungen erfolgreich gelungen ist, das Versammlungsgeschehen zu unterlaufen und/oder zu dominieren. Ausnahmen stellen einzelne Versammlungen mit jeweils vergleichsweise geringer Teilnehmerzahl dar, die von extremistischen Gruppierungen selbst veranstaltet worden sind. Die Versammlungen werden in der Regel störungsfrei und auflagenkonform durchgeführt.

Die hier zugrundeliegende Auswertung des Versammlungsgeschehens erfolgte auf Grundlage der Erhebungen der Informationssammelstellen



(ISa) SARS 2021 (die bis zum 31.01.2023 zum Schwerpunkt Corona eingerichtet war) und ISa Ukraine. Darüber hinaus wurden seitens der Kreispolizeibehörden gemeldete Versammlungen im Zusammenhang mit den weiteren oben genannten Themenfeldern erfasst. Anlass und Inhalte einzelner Versammlungen zeigten zumeist eine Auseinandersetzung mit zugleich mehreren politischen Themenfeldern. Entsprechend heterogen haben sich auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Versammlungen, bestehend aus einem Großteil des bürgerlichen Spektrums sowie Extremisten der genannten Phänomenbereiche, zusammengesetzt. Die Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer der nachfolgend aufgeführten Versammlungen können demzufolge nicht gänzlich den „demokratiefeindlichen Gruppen aus der Delegitimierer-Szene“ zugeordnet werden.

Seit dem 01.11.2022 sind anhand der Meldungen der nordrhein-westfälischen Kreispolizeibehörden folgende Daten erfasst worden:

- 451 Versammlungen mit ca. 15.500 Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmern zu dem Schwerpunkt „Corona“,
- 389 Versammlungen mit ca. 30.200 Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmern mit dem Schwerpunkt „Ukraine“ sowie
- vier Versammlungen mit ca. 1.000 Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmern, die ausschließlich mit den oben genannten weiteren Themen im Zusammenhang stehen.